

Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich

„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure

„Retten, Löschen, Bergen, Schützen“. Mit diesen Schlagworten werden die Aufgaben der Feuerwehren zusammengefasst. Unter diesem Motto gewährleisteten tausende Ehrenamtliche die flächendeckende Gefahrenabwehr und bringen schnelle Hilfe an jeden Ort. Für diese Arbeit genießen die Männer und Frauen der Feuerwehren zu Recht hohes Ansehen. 95 Prozent der Deutschen haben großes Vertrauen in die Feuerwehr – keine Institution genießt mehr Wertschätzung als die Feuerwehr.

Innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg wurde im März 2011 ein neues Vorhaben ins Leben gerufen. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ geht von der Annahme aus, Feuerwehr sei „mehr als Retten, Löschen, Bergen, Schützen“.¹ Das Projekt behauptet, dass Feuerwehren auch zivilgesellschaftliche Akteure sind, gesellschaftliche Funktionen über ihren Auftrag hinaus erfüllen und damit eine gesellschaftspolitische Bedeutung haben.



¹ Das Projekt wird vom Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert. Vgl. die Website des Bundesprogramms: <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de>, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

Vermutlich hatte auch der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck diesen Aspekt der Feuerwehridee im Blick, als er 2010 beim Parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg die Feuerwehren „ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg“ nannte. Vielleicht dachte der damalige Bundesinnenminister de Maizière auch an die Feuerwehren, als er das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ auf den Weg brachte, mit dem die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen gerade dort gestärkt werden soll, wo sich Menschen bereits bürgerschaftlich engagieren. Der Landesfeuerwehrverband Brandenburg und das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung nutzten die Förderung aus dem Programm „Zusammenhalt und Teilhabe“, um ihre jahrelange bewährte Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Feuerwehren nun in Gestalt des Projekts „Ohne Blaulicht“ fortzusetzen.

Drei Wirkungsfelder der Feuerwehren

Blickt man durch die „Ohne-Blaulicht-Brille“ auf die Feuerwehren, werden drei Wirkungsfelder der Feuerwehrarbeit erkennbar.

Wirkungsfeld „Brandschutz“

Jeder weiß, wozu es die Feuerwehren gibt. Ihr Sinn ist der Brandschutz. Gefahrenvorbeugung, Gefahrenabwehr und Brandschutzerziehung sind zentrale Tätigkeitsbereiche. Aktuell erfolgt die Weiterentwicklung der Feuerwehren in verschiedenen Handlungsfeldern: die Fähigkeiten zum Katastrophenschutz werden ausgebaut, Stützpunkfeuerwehren werden etabliert, Digitalfunk wird eingeführt und in der Nachwuchsgewinnung sollen Frauen, Quereinsteiger und Migranten verstärkt angesprochen werden.

Wirkungsfeld „Feuerwehrcultur“

Viele wissen, dass Feuerwehren auch gesellige Veranstaltungen sind. Das Stichwort „Feierwehr“ benennt eine Feuerwehrcultur, die wichtige soziale Bedürfnisse erfüllt. Feuerwehr lebt auch von den Bierabenden und Grillfesten, von den Ortsfesten aller Art, Jubiläen, Tagen der offenen Tür, Treffen, Wettbewerben und Sternfahrten. In vielen Kommunen tragen Feuerwehren in hohem Maße zum geselligen Leben teil. Die Jugendfeuerwehren sind Sozialisationsagenturen für ihre Jugendlichen und Verantwortungsschulen für die Jugendwarte. Feuerwehrsport, Feuerwehrorchester, Museen und Sammlungen,

Historik und Traditionspflege, Messen und Kongresse sind wichtige kulturelle Institutionen.

Wirkungsfeld „gesellschaftliche Funktion“

Viele werden sich wundern, wenn Feuerwehren als politische Kraft angesprochen werden. Selbstverständlich verstehen sich die Feuerwehren als „unpolitisch“. Wo es Versuche gibt, Feuerwehren politisch zu instrumentalisieren, treffen sie auf Distanzierung oder hinterlassen Beschädigungen. Dem liegt das berechnete Selbstverständnis der Feuerwehren als „Unpolitische“ zugrunde und ein bestimmtes Verständnis von Politik.

Weit über die Feuerwehren hinaus gilt das Politische als Sphäre, in der „die Politiker“ in Parteien klüngeln, Klientele bedienen, Machtkämpfe unfair austragen, nicht sagen, was sie denken, und die Probleme der Gesellschaft in Kommunen, Ländern und Bund ungenügend bearbeiten. Manchmal korrespondiert diese Auffassung mit Haltungen, nach denen Streit als nörgelndes Gezänk gilt, der eigene Horizont am lokalen Tellerrand endet und geistige Homogenisierung und Konformitätsdruck als Ausdruck von Kameradschaft missverstanden werden. Hier können unter bestimmten Umständen Rechts-extreme anschließen und ihre Interpretationsmuster plausibel erscheinen lassen.

In strukturschwachen Räumen können diese Zusammenhänge besonderes Gewicht bekommen. Der demographische und ökonomische Wandel hat hier weitreichende Konsequenzen. Vereinfachend und zugespitzt formuliert dominieren Tendenzen einer Zentralisierung und Entmischung mit den Folgen einer Verringerung von wichtigen Elementen der sozialen Infrastruktur: Die Zahl der Unternehmen wird geringer und das Spektrum ihrer Tätigkeit reduziert sich. Die Förderpolitik ist auf die sogenannten „Leuchttürme“ ausgerichtet, d.h. wenige erhalten viel. Viele kleine Orte haben ihre Eigenständigkeit verloren und voller Sorge erwartet man die nächste Kommunalreform. Schulen werden zunehmend zentralisiert und die Wege dorthin werden weiter. Der lokale Bezug von Kirchengemeinden verringert sich, da sie zu Großgemeinden fusioniert wurden. Die örtliche Präsenz der Polizei nimmt deutlich wahrnehmbar ab. Und bei den großen Volksparteien fragt man sich, inwiefern sie außerhalb der Städte überhaupt existieren.

Die Feuerwehren aber bleiben. Sie tun, was sie immer taten. Sie gewährleisten den Brandschutz. Sie leben die Feuerwehrcultur. Sie erfüllen gesellschaftliche Funktionen und das in einem anderen Sinne von Politik als dem oben beschriebenen. Das Politische im hier gemeinten Sinne findet statt, wenn gemeinsame Angelegenheiten offen verhandelt werden, wenn die Orientie-

rung dabei auf das Gemeinwohl gerichtet ist, wenn eigene und gemeinsame Interessen erkannt und formuliert werden, wenn sie in einen Debattensammenhang eingebracht und dort vertreten und vielleicht durchgesetzt oder vielleicht verändert werden. Politisch in diesem Sinne ist es, wenn Konflikte offen benannt und konstruktiv in kameradschaftlicher Weise bearbeitet werden, wenn also Männer und Frauen der Feuerwehren oder ihre Kameradschaften beschließen, Akteure zu sein, eine Stimme zu haben und Meinungen zu vertreten, wenn sie die Mühsal des Sachkundigwerdens nicht scheuen und auch nicht die Zumutung des Beratens, Diskutierens und Verständigens – kurz: wenn sie sich also „einmischen in die eigenen Angelegenheiten“.



Das Gesellschaftspolitische in diesem Sinne ist gelebte Praxis in den Feuerwehren. Das gilt für die Wahrnehmung der Ehrenämter, für die Arbeit im Verband oder in der Ausübung von Mandaten in kommunalen Vertretungsgremien. Das gilt etwa für die langjährige Partnerschaft im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Das gilt für Foren demokratisch engagierter Feuerwehrleute. Das gilt gerade in strukturschwachen Regionen für manche junge Feuerwehrleute, die heute in der Feuerwehrarbeit lernen, Verantwortung zu tragen und damit möglicherweise bereitstehen als potentielle „Bürgermeister von morgen“. Nicht zuletzt gilt das für das Geschehen an den Stammtischen der Feuerwehren. Auch dort, also am Rande von Dienstabenden und Ausbildungsdiensten, findet Meinungs- und Willensbildung statt und zwar in „Klartext“.

Das Politische in diesem Sinne stößt auf Hindernisse in den Feuerwehren. Neben dem erwähnten Selbstbild als „Unpolitische“ sind hier weitere Fakto-

ren zu nennen. Abkömmlichkeit und Zeit sind knappe Ressourcen. Hierarchie und Befehlskultur der Einsatzlogik werden hier und da verallgemeinert und als bestimmendes Muster auch in einsatzferne Kommunikationssituationen eingebracht. Die unterschiedlichen Prägungen der Generationen spielen eine Rolle. Feuerwehrleute selbst sprechen davon, es fehle ihnen kommunikatives „Handwerkszeug“.

Das Politische in dem hier gemeinten Sinne gewinnt an Bedeutung sowohl für die Feuerwehren als auch für die Gesellschaft, vor allem auf der kommunalen Ebene. Mit Blick auf die Personal- und Nachwuchslage in den Feuerwehren wird deutlich, dass es sich die Feuerwehren nicht mehr leisten können, auch nur eine Person deshalb zu verlieren oder nicht zu gewinnen oder nicht von den Jugendfeuerwehren zu den Einsatzabteilungen zu übernehmen, weil vielleicht das Klima in der Kameradschaft verschreckte oder Konflikte solange gedeckelt wurden, bis der Pieper wütend auf den Tisch geknallt wurde. Manche Kommune dagegen wird einsehen, dass in Zeiten, in denen der Rückbau von Infrastrukturen erwogen wird, die Feuerwehren das letzte „analoge Netzwerk“ bilden, das über seine Strukturgrenzen hinaus wirkungsmächtig sein kann. Sie wird froh sein, eine Feuerwehr zu unterhalten, die den Brandschutz gewährleistet und darüber hinaus gesellschaftliche Funktionen übernimmt: Verantwortungsbereitschaft, Meinungsbildung, Partizipation, Integration, Inklusion, Jugendarbeit, Qualifikation wie Führungskompetenz oder Teamfähigkeit, Kulturleben, kommunales Selbstverständnis, Heimatpflege und Ortsverbundenheit, Kooperation und Konfliktbearbeitung, Rechtsextremismusprävention, Diskursorientierung. Hierfür sollen die Männer und Frauen in den Feuerwehren nicht noch mehr leisten, als sie es hoch engagiert bereits heute tun. Dies wäre eine wirkliche Überforderung. Aber sie können es bewusster und geklärt tun, selbstverständlicher und selbstbewusster, kompetenter und vernetzter. Nicht mit mehr Zeitaufwand, sondern mit ihrer Motivation als Feuerwehrleute, die um ihre Wirkungen in verschiedenen sozialen Feldern wissen und darüber zu diskutieren gelernt haben.²

² Mit dieser Haltung befänden sich die Freiwilligen Feuerwehren in guter Gesellschaft. Unter dem Titel „Bildung ist mehr als Schule“ diskutierten die großen christlichen Kirchen und der Deutsche Olympische Sportbund auf einer Konferenz in Berlin im April 2012 die Bedeutung „nonformaler Bildungsleistungen“, die in Vereinen, in Kirchen und im Sport sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für das gesellschaftliche Miteinander in der Demokratie erbracht werden: „Ohne außerschulische Lernorte funktioniert Gemeinwesen nicht. Bildungskonferenz und Spitzengespräch von Kirche und Sport in Berlin.“ www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/n110_tagungsbericht.pdf, zuletzt eingesehen am 25.5.2012.

„Ohne Blaulicht“

In ihren mitlaufenden sozialen Funktionen sollten die Feuerwehren unterstützt werden. Das Projekt „Ohne Blaulicht“ tut dies. Ein Feuerwehrmann und ein Berater bringen zusammen ihre unterschiedlichen Kompetenzen in das Projekt ein, lernen voneinander und gehen den damit verbundenen Irritationen nicht aus dem Weg – sie werden als produktiv erfahren und erweitern die Zahl der Handlungsoptionen. Die beiden Mitarbeiter verhalten sich innerhalb des Projekts zueinander damit in der gleichen Weise, wie sie es bei den Begegnungen mit ihren Partnern in den Feuerwehren anstreben.

Das Projekt sucht die Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg auf und stärkt sie in ihrer Rolle als demokratische Akteure im Gemeinwesen. Dafür knüpft es an die „**brennenden Anliegen**“ der Feuerwehren an. Das Schlagwort „brennende Anliegen“ ist mehr als ein Spiel mit Bildern aus der Feuerwehrwelt. Es nimmt die Tatsache ernst, dass Akteure nur dann Veränderungsprozesse entwickeln, wenn sie darin einen Sinn („Motivation“) sehen. Es will der Versuchung widerstehen, Akteure zur oberflächlichen Anpassung an Erwartungen von außen und „oben“ zu drängen. Es zeigt an, dass die Feuerwehren und die Menschen darin für das Projekt nicht „Gegenstände“ einer „zielorientierten“ (erwachsenenpädagogischen, demokratiepädagogischen, methodischen) Bearbeitung sind, sondern mündige Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich Tätige, Menschen mit begrenztem Zeitfonds und unterschiedlichen Verantwortungsbereichen, Bildungsniveaus und Grundeinstellungen. Ihre „brennenden Anliegen“ beziehen sich auf das Klima in der Kameradschaft, auf das Verhältnis von Feuerwehr und Gemeinde, auf Kooperationsmöglichkeiten mit den „Lokalen Aktionsplänen“ (LAP), auf das Miteinander der Generationen, auf die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten des Rechtsextremismus, auf die Mediation von Konflikten und auf das Erlernen von „Handwerkszeug“.³

Die Bearbeitung der „brennenden Anliegen“ folgt dem **dialogischen Prinzip**. Gefordert ist damit eine Haltung, nach der sich die Partner einer Gesprächssituation bei aller Unterschiedlichkeit als Gleichwürdige auf Augenhöhe begegnen und die Verständigung über ihre Themen in beidseitiger Verantwortlichkeit erfolgt. Es geht um Verständigung und Rückmeldung, um den Austausch von Positionen und ihren Begründungen, um kritisches Den-

³ LAP sind ein Format innerhalb des Bundesprogrammes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Vgl. die Website http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html, zuletzt eingesehen am 1.6.2012.

ken auch gegenüber den eigenen Ansichten und Annahmen. Damit werden gegenseitiges Lernen und Veränderungen gefördert. Für Beratungssituationen bedeutet das, sowohl systemeigenes Wissen der Feuerwehren einzubeziehen als auch den externen Blick der Projektmitarbeiter produktiv zu machen. Der externe Blick der (verbandseigenen) Projektmitarbeiter kann hilfreich werden, wenn es gelingt, Sachbezug und Fachlichkeit zu stimulieren, ungewohnte Fragen zu stellen, auftragsbezogene inhaltliche Impulse zu setzen und auch inhaltliche Positionen zu beziehen, Themen und Strukturierungen anzuregen, Abläufe zu moderieren etc.

In den Fortgang der Bearbeitung kann das Projekt dann mit den jeweiligen Partnern gut **abgestimmte Leistungen** einbringen. Sie lassen sich in die Kategorien Beratung, Schulung und Moderation einteilen. Dazu gehören auch Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstätten, Argumentationstrainings oder Gedenkstättenführungen. Sie sind in jedem Fall auf die Situation und Ressourcen der Partner zugeschnitten und sollten im Rahmen des Auftrags thematisch, methodisch und organisatorisch flexibel sein. Gegebenenfalls können sie prozessbegleitend eingesetzt werden.



Diese säuberliche Einteilung der Arbeit in einzelne Kategorien ist natürlich etwas abstrakt. Die „Einsätze“ des Projekts können je nach Situation und Möglichkeiten Elemente verschiedener Kategorien enthalten. Eine besondere Rolle spielt dabei der Begriff **„integrierte Bildung“**. Er meint die Bereitschaft, Bildungselemente aus den Feldern der politischen Bildung eingebettet in die Arbeitsbeziehung oder die sonstigen Abläufe bei geeigneten Gelegenheiten einzupassen. Integrierte Bildung setzt die Interventionsberechtigung voraus. Sie reagiert anlassbezogen, verzichtet auf curriculare Vollständigkeit ebenso wie auf die üblichen seminaristischen Arbeitsformen. Integrierte Bildung bringt Anliegen der politischen Bildung dann ins Spiel, wenn dies von den Partnern der Situation nachgefragt wird. Die Erfahrung zeigt, dass sich bei positiver Resonanz weitergehende thematische Veranstaltungen daran anschließen können.

Auf diese Weise werden die „brennenden Anliegen“ der Freiwilligen Feuerwehren und ihre Bearbeitung als **Lerngelegenheiten** für politische Bildung, soziale Kompetenzen und demokratische Haltungen verstanden. Lerneffekte erfolgen dabei auf zwei Ebenen. Zum einen werden konkrete Ergebnisse erzielt, also Klärungen, Verabredungen, Veränderungsschritte etc. Zum anderen werden auf einer zweiten Ebene allgemeinere Erfahrungen gemacht: Wie kann Kommunikation gelingen? Wie können Konflikte konstruktiv bearbeitet werden? Wie können Feuerwehrrolle und Bürgerrolle miteinander verbunden und aufeinander bezogen werden? Wie können rechtsextreme Äußerungen in angemessener Weise thematisiert werden können, ohne die kameradschaftliche Beziehung zu zerstören? Wie können auch in einer hierarchischen Struktur demokratische Verständigungen erfolgen, in denen verschiedene Bedürfnisse und Ansichten geachtet und unterschiedliche Fähigkeiten und Ressourcen eingebracht werden? Demokratie wird also nicht besungen, sondern praktiziert. Die dabei gesammelten Erfahrungen können auch auf andere Situationen übertragen werden.

Was anfangs möglicherweise wie ein „Problem“ aussah, erweist sich so als Anlass für **Veränderungsprozesse aus eigener Kraft**, die möglich wurden, weil das jeweilige „Problem“ nicht mehr ausgesessen, sondern angepackt wurde und dafür der „Blick von außen“ zugelassen und Teilhabeprozesse gewagt wurden. Die Veränderungen mögen sich auswirken auf die Kameradschaft der Feuerwehr, auf ihre Rolle in der Kommune, auf die Wirksamkeit des Verbandes, auf das demokratische Klima in der Gesellschaft. Vielleicht rechtfertigen es diese Möglichkeiten, die Feuerwehren mit ergänzenden Schlagworten zu kennzeichnen: Feuerwehr ist auch: *„Bilden, Verständigen und Teilhaben“*.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke IV**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© August 2012, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-038753-1

Inhalt

Vorwort	7
<i>Dirk Wilking</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg	9
<i>Daniel Krüger</i>	
Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info	51
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zivilgesellschaftliche Bündnisse im ländlichen Raum: Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	81
<i>Michael Kohlstruck</i>	
Können Verhinderungsblockaden von angemeldeten Demonstrationen als ziviler Ungehorsam gelten?	101
<i>David Driese, Andreas Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Immobilienprojekte – lokale Reaktionen und Herausforderungen für die Gemeinwesenberatung	111
<i>Karin Lorenz, Jürgen Lorenz</i>	
Ein Osterspaziergang im August Vom Umgang der Gemeinde Schorfheide mit einem rechtsextremen Nachbarn und seinen Aktivitäten	133
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Wusterhausens „Zukunftstage“ – ein Modell kommunaler Demokratie	157
<i>Robin Kendon, Ray Kokoschko</i>	
Personalschulung als Gemeinwesenentwicklung? – Ein Beispiel für Fortbildung und Coaching von Mitarbeitern des zweiten Arbeitsmarktes in der Kinder- und Jugendarbeit	175

<i>Uwe Steinbeiß, Thomas Weidlich</i>	
„Ohne Blaulicht“. Feuerwehren als zivilgesellschaftliche Akteure	197
 <i>Frederik Ahlmann-Eltze, Frauke Postel</i>	
„Partizipation ist auch nur ein Wort“? Überlegungen zu demokratieförderlicher Beratung	205
 Bildnachweis und Bildrechtsinhaber	213
 Adressen des MBT	215